

Die Linke ärgert Reto Nause

Katz-und-Maus-Spiel rund um Demoverbot

Die Stadt Bern erlaubt linken Aktivisten, auf dem Bundesplatz zu demonstrieren. Diese beharren jedoch auf einem nicht erlaubten Umzug. Dahinter steckt Kalkül.



Michael Bucher

Publiziert heute um 16:39 Uhr

18



Wegen zahlreicher Anlässe will die Stadt Bern bis Weihnachten keine Protestumzüge im Zentrum zulassen. Dagegen wehrt sich die Alternative Linke mit einem speziellen Vorgehen.

Foto: Enrique Muñoz García

Die Reaktion erfolgte schnell. Und sie war erwartbar. Linke Kreise wollen das **pauschale Verbot von grösseren Kundgebungen und Umzügen** in der Berner Innenstadt bis Weihnachten nicht hinnehmen. Deshalb reichten sie am Donnerstag – nur einen Tag nach Bekanntgabe des Verbots – ein Gesuch für **eine Demo gegen das Demoverbot** ein. Angedacht gewesen wäre ein Umzug durch die Innenstadt am kommenden Samstag.

Dem Anliegen hat die Stadt nun die Bewilligung verweigert. Dies teilt Stadtrat David Böhner (Alternative Linke) auf Anfrage mit. Er und seine Partei stehen hinter dem geplanten Protestumzug. Interessant ist, mit welcher Begründung die Stadt das Gesuch ablehnt. Laut Böhner bringt sie nicht das ausgesprochene generelle Umzugsverbot vor, sondern beruft sich auf das städtische Kundgebungsreglement.

«Unser primäres Ziel ist, dass die Stadt das Verbot zurückzieht.»

David Böhner, Stadtrat (Alternative Linke)

Dort ist Folgendes festgehalten: Gesuche für Demonstrationen, an denen mehr als 100 Personen teilnehmen und die keine reinen Platzkundgebungen sind, müssen bis spätestens drei Wochen vor der Veranstaltung eingereicht werden. Damit soll dem städtischen Polizeinspektorat genügend Zeit eingeräumt werden für Koordination und Absprachen etwa mit der Polizei und Bernmobil.

Als Alternative hat die Stadt den Gesuchstellenden eine Platzkundgebung auf der Schützenmatte oder dem Rosalia-Wenger-Platz in der Wankdorf City in Aussicht gestellt. Doch dies lehnt David Böhner ab: «Wir halten an einem Umzug durch die Innenstadt fest.»

Protestumzug verschoben

Ein erwartbarer Reflex wäre nun: Die Linke zieht am Samstag auch ohne Bewilligung lautstark durch die Strassen Berns. Zumal jene Kreise seit jeher der Überzeugung sind, dass Protest keine amtliche Bewilligung brauche. AL-Stadtrat Böhner stellt allerdings klar: Am Samstag findet kein Umzug statt.

Stattdessen hat er am Dienstag bei der Stadt ein neues Gesuch eingereicht – dieses Mal für die darauffolgenden Samstage vom 25. November und 2. Dezember. Offiziell begründet er dies damit, dass die Behörden so die nötige Vorlaufzeit kriegen würden. Das eigentliche Ziel scheint jedoch allzu offenkundig: Die Alternative Linke will das temporäre Umzugsverbot auf juristischem Weg bekämpfen. Dies kann sie nur, wenn sie nach einem abgelehnten Gesuch von der Stadt eine anfechtbare Verfügung erhält.

«Die Gesuchsteller sind offensichtlich nicht an einer Kundgebung interessiert, sondern bloss an einer politischen Ausschlichtung.»

Reto Nause, Stadtberner Sicherheitsdirektor (Mitte)

Diese Absicht bestreitet David Böhner nicht. Er hält jedoch fest: «Unser primäres Ziel ist, dass die Stadt das Verbot zurückzieht.» Doch ihm sei bewusst, dass dies wohl nicht geschehen werde, «also müssen wir uns halt auf juristischem Weg dagegen wehren». Man versuche nun, diverse Organisationen für den geplanten Protestmarsch zu gewinnen. Auch die rot-grünen Parteien in Bern will Böhner mit ins Boot holen.

Genervter Nause

Ob dem Vorgehen der Alternativen Linken ist der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause (Mitte) hörbar genervt. «Die Gesuchsteller sind offensichtlich nicht an einer Kundgebung interessiert, sondern bloss an einer politischen Ausschlichtung», sagt er. Man wolle der Stadt unterstellen, sie habe ein generelles Demoverbot erlassen. «Doch das stimmt nicht», sagt Nause, «wir prüfen nach wie vor jeden Einzelfall und bieten Alternativen an.»

So habe die Stadt der Alternativen Linken nicht bloss die Schützenmatte und den Rosalia-Wenger-Platz, sondern gar den Bundesplatz als Ort des Protests vorgeschlagen. «Wer den Bundesplatz als Kundgebungsort ablehnt und auf Gedeih und Verderben an einem Marsch festhält, dem geht es nicht um die Sache», ist Nause überzeugt.

Es sieht also danach aus, als würde das Seilziehen am Ende tatsächlich mit einer Beschwerde der Linken enden. Einem allfälligen juristischen Verfahren blickt Reto Nause jedoch gelassen entgegen, wie er sagt.

Sicher ist: Ein solches kann sich in die Länge ziehen. Denn Eilverfahren gibt es nicht. Als Erstes müsste sich das Regierungstatthalteramt der Beschwerde annehmen, danach sind Weiterzüge ans Verwaltungs- und ans Bundesgericht möglich. Und selbst wenn ein Gericht zum Schluss kommen sollte, dass die Einschränkung unverhältnismässig war, hätte dies ausser einer politischen Debatte mit offenem Ausgang wohl kaum Folgen.

Gesprächsstoff – der Podcast von «Bund» und Berner Zeitung

Gesprächsstoff

Ein kinderfreies Leben: Claudias ...

00:00 27:33

1X PRIVACY SHARE SUBSCRIBE

E53	Ein kinderfreies Leben: Claudias Entscheidung	27:33
E52	Halloween: Horror oder Heidenspass?	23:07
E51	Heiratet Bern in die Aggio ein?	25:01

«Gesprächsstoff» – Der Podcast über Themen, die Bern bewegen

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify](#), [Apple Podcasts](#) oder in jeder gängigen Podcast-Apps.

Michael Bucher schreibt für das Ressort Bern von «Bund» und Berner Zeitung. Er berichtet schwerpunktmässig über Kriminalität, Polizeithemen und Gerichtsfälle. [Mehr Infos](#)

[@MichuBucher](#)